

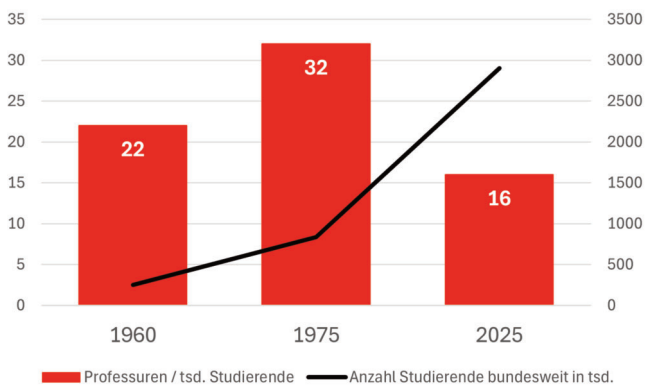
Geld ist genug da – aber nicht für die Hochschule? Dem harten Sparkurs für die Uni entgegen – solide Finanzen für kritische Bildung

Im Frühjahr dieses Jahres sah sich das Präsidium der Uni genötigt, allen Fakultäten und der zentralen Verwaltung eine Reduzierung der Jahresausgaben um knapp 5 % aufzuerlegen (insgesamt ca. 30 Millionen €). Für die Uni, die bereits in den vergangenen Jahren mit faktischen Kürzungen zu kämpfen hatte, bedeutet das schwerwiegende Einschnitte: u.a. soll nun jede freiwerdende Stelle ein halbes Jahr unbesetzt bleiben. Das gefährdet die Lehre, die Arbeit der Studienbüros, den Betrieb der Bibliotheken, studentische Beschäftigungsverhältnisse, die Einheit von Forschung und Lehre u.v.m. Völlig unnötig, denn Hamburg ist eine reiche Stadt – Geld ist genug da.

Wie kommt's?

Hamburgs frisch gekürte Wissenschaftssenatorin Maryam Blumenthal verkündete kürzlich im Interview „Die Universität bestimmt ihr Ausgabeverhalten selbstständig und ist mit dem wachsenden Budget trotz Übernahme der Tarifsteigerung und der Energiekosten nicht ausgekommen: Deshalb müssen sie jetzt sparen.“ (Hamburger Abendblatt, 24. 6.2025) Dabei wird verschwiegen, dass das „wachsende Budget“ insbesondere seit 2021 weit hinter der tatsächlichen Inflation und den im Verhältnis dazu noch immer bescheidenen Tarifsteigerungen zurückbleibt. Zudem sind zusätzliche Aufgaben wie die Reform des Lehramtstudiums und gesteigerte Anforderungen an die IT-Sicherheit nicht hinreichend finanziert. Bislang hat die Uni dies aus den eigentlich für andere Zwecke gebildeten Rücklagen ausgleichen können. Die sind nun vollständig aufgebraucht. Die Uni hatte auf Zusage des Senats gebaut, spätestens mit dem Doppelhaushalt 2025/26 den Etat bedarfsgerecht erheblich zu erhöhen – Pustekuchen!

Relation Professuren zu Studierende
und bundesweite Studierendenzahl



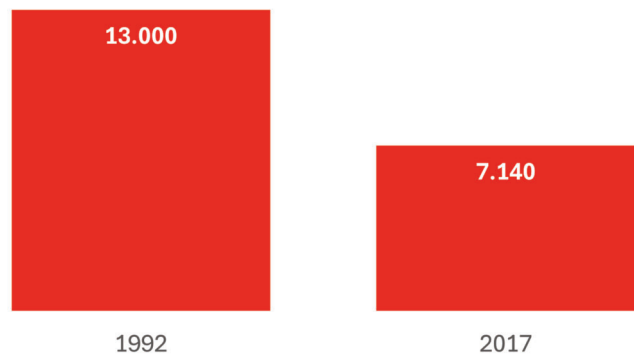
Daher bedarf es nun der öffentlichen Aufklärung und der politischen Proteste aus den Hochschulen.

Das Elend hat Geschichte und muss ein Ende haben

Die Hochschulen haben ob der akuten Kürzungen auch deshalb keinen Spielraum, weil sie bereits seit Mitte der 1970er Jahre finanziell an der kurzen Leine gehalten werden. Ein offenkundiger Indikator ist die Entwicklung, wieviele Studierende auf eine Professur kommen (siehe Grafik unten links).¹ Noch nie war das Betreuungsverhältnis so schlecht wie heute.²

Ebenfalls aufschlussreich: Im Jahr 1992 erhielten die Hochschulen 13.000,- € staatliche Grundmittel je Studierenden, im Jahr 2017 sind es gerade mal noch 7.140,- €.³

Staatliche Grundmittel je Studierenden
(bundesweit)



Was soll das?

Die Öffnung der Hochschulen zu Beginn der 1970er Jahre war Ergebnis studentischer Bewegung und Proteste. Auf einmal war Studium nicht mehr eine elitäre Angelegenheit, die Studierendenschaft wurde sozial plural (BAföG) und forcierte einen kritische eingreifenden Gesellschaftsbezug der Wissenschaften („Marx an die Uni“). Neue Fächer wie Sozialpädagogik, Soziologie und Politikwissenschaft entstanden; in den Naturwissenschaften, der Medizin und Jura wurden ethische und soziale Fragen verbindlich. Die Studierenden hatten zudem erkämpft, dass in der Selbstverwaltung die alte feudale Struktur der „Ordinarienuniversität“ durch demokratische gruppenübergreifende Gremien ersetzt wurde.

So bahnte sich an, dass die Hochschulen zum Hort massenhaft hochgebildeter und kritischer Menschen werden, welche die soziale

¹ Zudem hat ein:e Professor:in heute gegenüber früheren Zeiten erhebliche wissenschaftsfremde Zusatzaufgaben. Laut einer Studie von 2016 verwenden Profs lediglich 23% ihrer Arbeitszeit für Lehre und 30% für Forschung, 10% gehen für die Einwerbung von Drittmittel drauf, 17% für Verwaltungsaufgaben.

² Die inzwischen viel höhere Zahl der Studierenden ist dabei nicht die Ursache: in den Jahren von 1960 bis 1975 und dann wieder bis 2025 verdreifachte sich die bundesweite Studierendenzahl jeweils, in dem einen Fall konnte eine Verbesserung der Relation erkämpft werden, in dem anderen verschlechterte sie sich erheblich.

³ Quellen Grafik 1 und 2: Timmermann, Dieter (2010): Alternativen der Hochschulfinanzierung, Arbeitspapier, No. 211, Hans-Böckler-Stiftung; Statistisches Bundesamt; Deutscher Hochschulverband

Ungleichheit, die Militarisierung, staatliche Autoritäten und die Macht des großen Geldes in Frage stellen und für gesellschaftliche Umwälzungen eintreten.

Die strukturelle Unterfinanzierung war somit ein Mittel, die Hochschulen inhaltlich einzuhegen. Die Hochschulen werden auf diese Weise zudem gedrängt, private Fördermittel bzw. staatliche Projektmittel „einzuwerben“, damit aber wächst der Gefälligkeitsdruck – „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. An der Uni Hamburg sind inzwischen über ein Drittel der Finanzen solche von Gegenleistungen abhängige Drittmittel. So soll gelten: nur was sich rechnet, lohnt sich. Mit wissenschaftlicher Erkenntnisbildung und Wahrheitsfindung hat das wenig zu tun. Für das Studium bedeutet das „Employability“ statt Bildung kritischer Subjekte.

Besonders perfide Bedeutung hat dabei die Einführung des sogenannten „Globalhaushalts“ (in Hamburg 1996). Lag die Bewirtschaftung der Sachmittel und Personalstellen bis dahin weitgehend bei der Behörde, so erhalten die Hochschulen seitdem einen pauschalen Gesamtbetrag für alle Aufgaben, den sie nun selber „managen“ müssen. Die damit angeblich verbundene neue Eigenständigkeit beutet unter den Bedingungen stetig sinkender Mittel jedoch nicht Gestaltungsfreiheit. Vielmehr schob die Regierung die Verantwortung für die Umsetzung immer wieder neuer Sparprogramme an die Hochschulen ab. Auf diese Weise wird auch die Konkurrenz innerhalb der Uni um die zu knappen Mittel forciert.

Umso mehr gilt: wir lassen uns nicht spalten, sondern wollen solidarisch für Verbesserung wirken.

Erfolgreiche Kämpfe

Auch nach den wirksamen Kämpfen der **1968er-Bewegung** für die (soziale) Öffnung der Hochschule, eine massive Einstellungswelle für mehr wissenschaftliches Personal und riesige Investitionen in den Hochschulbau gab es immer wieder studentische und gesamtuniversitäre Proteste, durch die Verbesserungen erreicht werden konnten.

Im Jahr 2011 war für viele Hochschulmitglieder der Regierungswechsel in Hamburg (von CDU/GAL zu SPD) verbunden mit der Hoffnung auf eine bessere Finanzierung, doch stattdessen begann die Zeit der Politik mit der „Schuldenbremse“ – auch den Hochschulen drohte ein harter Sparkurs. In einer groß angelegten Kampagne „Kampf um die Zukunft“ protestierten Studierende, Verwaltung und Lehrende in vielfältigen Aktionen. In einem gemeinsamen Beschluss heißt es u.a.:

„Jetzt will der Senat die Hochschuletats um weitere 6-10% kürzen. Entschieden weisen wir die Kürzungsvorhaben des Senats zurück. Sie gefährden die Hochschulen und damit die Bildung und Ausbildung der Hamburgerinnen und Hamburger substantiell, blockieren innovative Forschung und behindern den Erkenntnisfortschritt, der für eine zivile, ökologisch nachhaltige, sozial verantwortliche und demokratische Entwicklung der Gesellschaft nötig ist.“

Die Kürzungen konnten abgewendet werden, der Haushalt 2012 enthielt sogar merkliche Erhöhungen.

Diese Erhöhungen wurden jedoch vom Dogmatismus der Schuldenbremse schnell aufgefressen und **im Jahr 2014** griffen die Hochschulen den „Kampf um die Zukunft“ wieder auf. Noch offensiver als bei den vorherigen Protesten begründete die Uni die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung mit der gesellschaftlichen Bedeutung von Forschung, Lehre und Bildung. Beispielgebend



Studierende, Lehrende und Verwaltung gemeinsam auf der Straße (7. Juni 2011)

ist hier der Beschluss des Akademischen Senats „Für die Ausfinanzierung der Hochschulen zum allgemeinen Wohl.“

www.uni-hamburg.de/newsroom/presse/2014/pm66.html

Obwohl der Senat offiziell an der Schuldenbremse festhielt, konnte dennoch erreicht werden, dass mit einem Sondervermögen „heimlich“ den Hochschuletat auf schlechtem Niveau stabilisiert wurde.

Was ist zu erreichen

Studierende, Lehrende und die Beschäftigten der Verwaltung aller Hamburger Hochschulen sind nun erneut gefordert, öffentlich für die Bedeutung gut finanzierter Hochschulen zu überzeugen. Aufgeklärte Wissenschaft und Bildung sind die sinnvolle humane Alternative zur Rohheit der Aufrüstung und des Kriegsgeheuls. Erkenntnisfortschritt für eine zivile, ökologisch nachhaltige, sozial verantwortliche und demokratische Entwicklung der Gesellschaft bedarf der materiellen Grundlagen.

Kurzfristig müssen Inflation und Tarifsteigerung seit 2016 in Gänze ausgeglichen werden, zudem muss der Senat die Zusatzausgaben für IT-Sicherheit und die Mehrkosten für die reformierte Lehrerbildung vollständig übernehmen. Das bedeutet **ab sofort 30,- Millionen € jährlich mehr**, fortan dynamisch angepasst an die jeweilige Tarifentwicklung und Inflation.

Darüber hinaus sei ein Ende der Bescheidenheit. Heute muss mindestens möglich sein, was bereits einmal erreicht war. Die staatlichen Grundmittel je Studierenden sind wieder auf das schon einmal erreichte Niveau anzuheben, **dafür ist der Grundetat um gut 80 % zu erhöhen.**

Woher das Geld nehmen? Die Gesellschaft ist reich genug. Für die Jahre 2023 und 2024 haben die DAX-Konzerne mit jeweils 54 Milliarden € so hohe Dividenden ausgezahlt, wie nie zuvor. Und obwohl die Vermögenssteuer seit 1997 ausgesetzt ist, hat die Millionärshauptstadt Hamburg von Jahr zu Jahr Unkenrufen zum Trotz Steuerermehreinnahmen. Was ist da erst möglich, wenn Hamburg auch nur den Personalmangel bei Steuerprüfung bzw. -fahndung beheben und 100 Beamte mehr einstellen würde?

Wir können optimistisch sein!

Bleibt aufmerksam. Informiert Euch.

Beteiligt Euch an Aktivitäten!

Unterstützt von:



Kritische Fachschaftsaktive

In der Fakultät für Geisteswissenschaften
emanzipatorisch - demokratisch - sozial

**Kritische Fachschaftsaktive
Sozialwissenschaften**

